

Bundesrat für Nedderdütsch snackt mit den Europaraat

Der Sachverständigenausschuss des Europarates im Gespräch mit Vertreter*innen des Bundesrat für Nedderdütsch und des Instituts für niederdeutsche Sprache Bremen

Über die aktuelle Situation des Plattdeutschen aus Sicht der Sprecher*innen in den acht Bundesländern ließ sich der Sachverständigenausschuss des Europarates im Rahmen des Monitoringprozesses der Europäischen Sprachencharta turnusmäßig in Gesprächen am 23. Mai in Bremen und am 24. Mai in Berlin informieren. Beim Gespräch in Bremen, an dem neben Vertreter*innen des BfN auch Vertreter*innen des INS teilnahmen, nahm die aktuelle Situation des INS einen breiten Raum ein. Dabei wurde erneut deutlich, welchen Schaden die Kündigung des Finanzierungsabkommens seitens der Bundesländer Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein angerichtet hat. Ob das durch die Länder neu gegründete Länderzentrum für Niederdeutsch die entstehende Lücke füllen kann, die bisher das INS u. a. im Rahmen von Unterstützung in Lehrerfortbildungen, Bearbeiten von Anfragen zu plattdeutschen Ortstafeln und der Mitwirkung und Unterstützung von Projekten im plattdeutschen Sprachgebiet, wissenschaftlicher Grundlagenarbeit, geleistet hat, bleibt zum gegenwärtigen Zeitpunkt abzuwarten.

Sowohl im Gespräch in Bremen – mit Vertreter*innen aus Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein – als auch während des Treffens in Berlin – mit Vertreter*innen aus Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt – interessierte sich der Sachverständigenausschuss über konkrete Entwicklungen in den Chartabereichen Bildung, Kultur, Soziales, Medien und Verwaltung. In Bezug auf den Bildungsbereich wurde deutlich, dass in den Ländern unterschiedliche Entwicklungen im Berichtszeitraum zu erkennen sind. So konnte z. B. in Schleswig-Holstein an 30 Grundschulen Niederdeutsch als Fachunterricht aufgebaut und fest etabliert werden. Niedersachsen plant mit einem Bündel von begleitenden Maßnahmen die Einführung eines Schulfaches Niederdeutsch, während die vor Jahren positiven Ansätze mit der Einführung eines Faches Niederdeutsch an Hamburger Schulen stagnieren. Für die Teil II-Länder Brandenburg, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt halten die Sprechervertreter*innen die Einführung eines Schulfaches Niederdeutsch für existentiell für die Schutz der Regionalsprache. In beiden Gesprächen wurde betont, dass in den Bereichen Medien und Verwaltung, die Möglichkeit, die niederdeutsche Sprache selbstverständlich und strukturell verankert zu repräsentieren, bei weitem nicht ausgeschöpft werde. Hier sind alle Länder aufgefordert, Änderungen im Sinne der gezeichneten Maßnahmen der Europäischen Sprachencharta vorzunehmen.

Weitere Informationen: www.niederdeutschsekretariat.de